

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtanummer: 25 241.  
Für die Nachdruckgebühr: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Aug. 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung mit Haus 1.50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat August 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.  
Einjahresantrag 18 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Werbemerkmalen berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Überschriften 10 Pf., Raum. Aufträge gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 33/34/2.  
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Sendig-Hotels Schandau

im Königspark gelegen Königsvilla und Quisisana Pensions-Preise ab Mark 9.— aufwärts  
Vollkommen modernisiert

Jeden Nachm.: Tanz im Freien. Sonntags:  
Gesellschafts-Tanz mit Ueberraschungen....  
Fertige Wochenend-Karten RM. 20.— vom Sonn-  
abend Abend bis Sonntag Abend (einschl. alles).  
Vorverkauf: Reisebüro Rohn, Prager Straße 76,  
und Europahof.

# Deutschland soll Frankreich sanieren.

## Pariser Pläne einer Frankenstützung durch die deutsche Reparationsschuld.

### Seilloses Durcheinander in der Magdeburger Unterjuchung. — Starke Mißstimmung der Parteien über Poincarés Ratifizierungspläne.

#### Ein unmöglicher Vorschlag.

Berlin, 6. Aug. Der Pariser Korrespondent der „New York World“ berichtet, daß Pariser maßgebende Kreise die Frage aufwerfen, ob es nicht angebracht sei, die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme genau festzulegen und unverzüglich von Deutschland einzufordern. Die Hälfte der deutschen Eisenbahn- und Industriebonds mache zwei Millionen Dollar aus. Der Betrag, der Frankreich anstehe, würde, falls er unverzüglich verwertet werden könnte, zur Wiederherstellung des französischen Kreditwürdigkeits genügen. Frankreich wäre in der Lage, den Franken zu stabilisieren, falls die deutschen Bonds sofort auf den ausländischen Märkten verkauft würden. Durch die Befreiung der Finanzkassen sei die Frage wieder in Einklang gekommen, wie in allen europäischen Ländern die Goldwährung wieder hergestellt werden könne. Das sei, soweit Deutschlands Gläubiger in Betracht kämen, möglich, wenn sie sofort in die Lage versetzt würden, über die Reparationen zu verfügen. Ein Plan dafür könne so schnell ausgearbeitet werden, daß die Erledigung der Schuldfrage dadurch überholt werden könnte.

Vom deutschen Standpunkt aus ist zu diesem Vorschlag zu sagen, daß man sich zwar vorstellen kann, daß das von Poincaré wieder registrierte Frankreich auch wieder auf den Poincaréschen Satz zurückgreift, daß der Boche alles bezahle usw. Die finanzielle Unmöglichkeit des Vorschlages in dieser Form dürfte wohl aber auch in Paris nicht verkannt werden. Es ist jedenfalls völlig ausgeschlossen, daß auf dem

Weltkapitalmarkt für acht Milliarden deutsche Eisenbahn- und Industrie-Obligationen untergebracht werden können. Aber selbst wenn man auch nur einen geringen Bruchteil dieser Summe auflegen wollte, so würde doch der geringe, im Dawes-Plan festgelegte Verzinsungssatz von 5 Prozent derartige Pläne aussichtslos machen müssen. Der Ausgabekurs würde sich dabei so niedrig stellen müssen, daß die Dawes-Hüter wohl kaum auf eine solche Regelung eingehen könnten. Gewiß sind in letzter Zeit auch Pläne aufgetaucht, die eine beschränkte Verwertung von Obligationen zugunsten Frankreichs auf anderen schwierigen Wegen vielleicht möglich erscheinen lassen könnten. Auf keinen Fall aber könnte dies ohne die tätige Mithilfe Deutschlands geschehen, und zweifellos haben die Besprechungen Dr. Schachts mit dem Leiter der amerikanischen Federal Reserve Bank, Strong, in Schweningen auch diese Frage berührt.

Wenn schon der seit geraumer Zeit erörterte Plan, die deutschen Reparationsverpflichtungen im Interesse der Sanierung Frankreichs zu mobilisieren, zur Debatte gestellt werden soll, dann kann dies jedenfalls nicht geschehen, ohne daß Deutschland ein entscheidendes Wort mitzureden und bestimmte finanzielle und politische Bedingungen stellt für seine eventuelle Zustimmung und Mitwirkung. Der Reichsbankpräsident wird das bei seinen Besprechungen in Schweningen und anderswo sicher unmißverständlich zu verstehen gegeben haben.

#### Frankreich und die Besatzungsfrage.

Nur vier Wochen trennen uns noch von der für Deutschlands Schicksal entscheidenden Völkerbundstagung in Genf, eine kurze Spanne Zeit mit einer Fülle schwerer Aufgaben, die noch gelöst werden müssen, wenn die deutschen Vertreter wirklich erhobenen Hauptes als Gleiche unter Gleichen in den Völkerbundpalast einzziehen wollen. Allmählich scheint man sich auch in Berlin, der einzigen europäischen Hauptstadt, wo man sich trotz aller widrigen Zwischenfälle den Optimismus froher Ferienstage nicht hat trüben lassen, im Hinblick auf den nahenden Termin einige Sorgen zu machen. Die diplomatischen Besprechungen, die in Paris durch den Votschafter v. Doesch eingeleitet worden sind, zeigen, daß dort wieder der Reizpunkt der europäischen Lage ist. In kurzer Besetzung an der Patenformel von der „geradlinigen Fortsetzung der deutschen Außenpolitik“ — ein politischer Unfug an sich, weil die Außenpolitik nichts Unwandelbares ist, sondern sich immer den Änderungen der Weltlage anpassen muß — hatte man bei uns Poincarés Sieg über Herriot und Briand offiziell mit dem beruhigenden Hinweis auf die Beständigkeit Briandscher Außenpolitik begrüßt. Briand konnte sich freuen, sah er doch, daß er seinen Widerpartnern in Berlin nach der von ihm geübten Praxis immer noch allerlei bieten durfte. Mit einer Politik geheimer Zusagen und öffentlicher Abschüttelung des Versprochenen kann er auch Poincaré gegenüber eine ganze Weile auskommen. So hat er sich denn auch bereit, in die von Berlin aus angenehme Melodie einzufallen in einem für den deutschen Hausgebrauch bestimmten Interview, das er in die Wiener „Neue Freie Presse“ lancierte. Die Erklärung ist so programmatisch stilisiert, daß Briands Bedürfnis, sein Herz besonders der reichsdeutschen Öffentlichkeit auszuschütten, gar nicht zu verkennen ist. Sie hat auch ihre Wirkung nicht verfehlt. Triumphierend weist unsere Vocarnopresse auf die goldenen Worte des französischen Außenministers von der „Kontinuität“ seiner Politik und auf seine Aussprüche, daß nur die unergieblichen französischen Mehrheitsverhältnisse die Begleitung der noch offenen Saldi von Vocarno verhindert hätten. Aber das wird leicht anders werden unter der Regierung der nationalen Einheit! Briand hat es gesagt und unsere Vocarno-Gläubigen beten es nach. Sie übersehen geflissentlich die häßliche Frage Poincarés, die zwischen den Zeilen hervorgrinzt, wenn Briand alle Tatsachen der letzten Monate auf den Kopf stellt, wenn er die schändlichen Ausschreitungen seiner Truppen im Rheinland in aufreizende deutsche Veranstaltungen umstempelt, wenn er, Chamberlains Ball auffangend, wieder das Märchen von den deutschen Entwaflnungsbrüchlingen aufwärmt — an das er selbst nicht glaubt, wie er im Nebenamt apfelnig versichert. Man verweigert der deutschen Öffentlichkeit sogar in der halbamtlichen Fassung des W. T. V. Briands wohlberechnete Reue, daß die Abmachungen von Vocarno „zum großen Teil, man kann sagen zu vier Fünfteln“, bereits erfüllt seien. Ein recht deutlicher Hinweis, was wir im günstigsten Fall noch zu erwarten haben, wenn man bedenkt, daß tatsächlich höchstens ein Fünftel der Vocarno-Versprechungen eingelöst worden ist — immer vorausgesetzt, daß die Räumung Kölns nach der deutschen These nicht hierher gehört. Was man aber bei allem Optimismus nicht übersehen und nicht verschweigen darf, das ist das vollständige Verlegen der Briandschen Grundlage in der näheren Wirklichkeit. Denn kaum waren diese hoffnungsvollen Worte dem Gebete seiner Zähne entschlüpft, da ergab der Besuch des deutschen Votschafters v. Doesch und die Abweisung aller von ihm vorgebrachten Besatzungswünsche die traurige Feststellung, daß die alten Meinungsverschiedenheiten unvermindert fortbestehen. Poincarés Pferdefuß wurde sichtbar und daneben die Tatsache, daß unter allen französischen Staatsmännern vielleicht kein zweiter ist, der geeigneter wäre, in einem Kabinett Poincarés heute eine für Deutschland so gefährliche Politik zu treiben, wie eben Mr. Briand. Er gilt in der Welt als ein kulanter Mann, besonders kulant gegenüber Deutschland. Das ist kein großer Vorzug gerade für Poincaré; denn in Wirklichkeit ist Briand nur kulant in Besprechungen, die nicht gehalten werden. Er ist der Mann, der nichts Schriftliches gibt, aber „Rückwirkungen“ in Aussicht stellt. An Stelle dieser Rückwirkungen treten dann gefährliche Noten und wüste Ausschreitungen im besetzten Gebiete. Diese von neuem bekämpfte Erfahrung müssen wir uns endlich zur Lehre werden lassen, daß in Zukunft in diplomatischen Verkehr mit Briand nicht das gesprochene Wort, sondern einig das unterschriebene und gegestelte Dokument einen realen Wert darstellt.

## Auch Amerika soll helfen.

#### Umfall Poincarés in der Ratifizierungsfrage

Paris, 6. Aug. Der Kampf Poincarés um die Sanierung der Staatsfinanzen ist in eine entscheidende Phase eingetreten. Der Ministerpräsident hat sich, wie schon gemeldet, entschlossen, vom Parlament noch in der nächsten Woche die Ratifizierung des Mellon-Berenger-Abkommens und der Londoner Schuldenabmachungen zu fordern. — Dieser Umfall Poincarés meint, wie die „Information“ berichtet, seinen Grund in Anleiheverhandlungen mit Amerika zu haben. Diese Agentur läßt sich aus Washington fabeln, daß die amerikanische Regierung die Genehmigung zu einer Anleihe an Frankreich durch Private nur dann geben werde, wenn das Mellon-Berenger-Abkommen ratifiziert sei. Aber da die Ratifizierung zumehr in Aussicht stehe, hätte man unverzüglich mit Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den New Yorker Bankiers begonnen. Die Höhe der Stabilisierungsanleihe werde auf 100 bis 250 Millionen Dollar geschätzt. Die Verzinsung werde voraussichtlich 7,5 Prozent betragen.

#### Die Pariser Presse über den Umfall Poincarés

Paris, 6. August. Die „Liberté“ bezeichnet den Umfall Poincarés in der Frage der Schuldenregelung als vollendete Tatsache und unterbreitet ihm durch die Wiedergabe kritischer Erklärungen des Ministerpräsidenten und anderer Mitglieder des Kabinetts, in denen diese sich mit aller Schärfe gegen die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen haben. Das Blatt will wissen, daß Poincaré sich vor allem durch seine Unterhaltung mit dem belgischen Finanzminister zu der Ansicht habe bekehren lassen, daß das Weglassen seines Stabilisierungsplanes zum großen Teile davon abhängt, daß Frankreich vorher eine Rechnung mit Amerika abreime, daß sonst von Neuport her eine Gegenoffensive zu erwarten sei, ähnlich wie dies Belgien erlebt habe. Auch die von Poincaré zu Rate gezogenen französischen Sachverständigen hätten sich in ähnlicher Weise geäußert und der beharrliche Ausdruck gegeben, daß im Falle der Nichtratifizierung eine amerikanische Fression auf den Frankensuren folgen würde, in Paris eine neue Panik auszulösen und den Erfolg der bisherigen Sanierungsmaßnahmen über den Haufen zu werfen.

Andere Blätter sind allerdings weniger bestimmt in ihren Urteilungen. So deutet der „Temps“ an, daß Poincaré in der Tat seit gestern an der Ueberzeugung befestigt habe, daß die Ratifizierung der Schuldenverträge nicht länger hinausgeschoben werden dürfe, daß er aber mit dieser Auffassung innerhalb des Kabinetts auf Widerstände gestoßen zu sein scheine. Das Blatt glaubt, den augenblicklichen Stand der Dinge dahin präzisieren zu können, daß Poincaré einwilligen mit der Vertagung des Ratifizierungsbeschlusses durch die Kammer begnügen werde, und der Senat

erst nach seinem Wiederauftritt im Herbst damit befaßt werden soll, macht aber dazu den Vorbehalt, daß, da Poincaré in den letzten Tagen seine Meinung sehr häufig geändert habe, man jetzt noch mit der Möglichkeit einer neuen Sinnesänderung rechnen könne. Poincarés definitive Entschlüsse dürften in erster Linie von dem Ausfall der Sondierung abhängen, die er augenblicklich bei den verschiedenen Fraktionen der Kammer vornehmen läßt.

#### Ernste Widerstände in den Parteien.

Poincarés Partei besonders unzufrieden.

Paris, 6. August. Die Favas aus den Wandelgängen der Kammer berichtet, macht sich bei fast allen Fraktionen ein Widerstand gegen die sofortige Veratung der Frage der Ratifizierung der Schuldenregelungsabkommen mit London und Washington bemerkbar, besonders lebhaft bei der Fraktion der Republikanisch-demokratischen Vereinigung, die heute nachmittags in dieser Frage Stellung genommen hat und sich gegen die Ratifizierung des Abkommens Berenger-Mellon ausspricht. Nur mit bestimmten Vorbehalten könnten die Mitglieder für die Ratifizierung stimmen. Doch hielten sie es für wünschenswert, daß die Frage erst nach den Ferien vor das Parlament gebracht werde.

#### Sofortige Beschlussfassung des Ministerrats.

Paris, 6. August. Entgegen den ursprünglichen Dispositionen wird der Ministerrat bereits morgen vormittags zusammentreten, um über die Ratifizierung der Schuldenabkommen mit London und Washington Beschluss zu fassen. Es besteht kein Zweifel, daß die Regierung die Absicht hat, die Ratifizierung der Schuldenabkommen noch vor den Parlamentssitzungen durch die Kammer zu erreichen. Es wird heute berichtet, daß innerhalb des Kabinetts die Minister Briand, Sarraut, Volanowski und Lardieu voll für eine Ratifizierung auch des Washingtoner Abkommens eintraten. Es verlautet ferner, daß der Leiter der republikanischen Zwischenfraktion, Morineau, der die Mehrheit der Deputierten der Kammer angehört, Poincaré erklärt habe, daß die Regierung, wenn sie die Abkommen, so wie sie heute existieren, zur Ratifizierung vorschlagen werde, ihren Bestand bräukere. Ein wichtiges Mitglied der Finanzkommission erklärte in den Wandelgängen, daß die Regierung in der Kommission keine Mehrheit für die Ratifizierung finden würde. Die Regierung lieh gegenüber den pessimistischen Erklärungen in den Wandelgängen erklären, daß sie bisher die Kommission nicht davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die Regierung auf einer Ratifizierung vor den Ferien bestche. Es wird darum für möglich gehalten, daß die Regierung im Falle des Widerstandes der Parlamentarier sich in letzter Stunde zum Rückzug in dieser Frage entschließt.